

Ausbau der OGS-Angebote hat sich bewährt

„Die Auslastung unseres OGS-Angebots von durchschnittlich 73,63 Prozent ist ein sehr gutes Ergebnis. Und diese wird in den nächsten Jahren sicher noch steigen. Mit dem Ausbau des OGS-Angebots in den letzten Jahren haben wir uns dafür gut aufgestellt“, berichtete Bürgermeisterin Anna-Katharina Horst im Ausschuss für Bildung, Integration, Generationen und Soziales (BIGS).

Von 55 (Lommersum) bis 90,99 Prozent (Metternich) reicht die Auslastung des OGS-Angebots an den gemeindlichen Grundschulen. Die Voraussicht der Bürgermeisterin und der Beschluss des Ausschusses für Bildung, Jugend und Soziales, mit Beschluss vom 22. Oktober 2015 jedem Kind bei Bedarf einen Platz in der OGS zu gewährleisten, zeigt sich mit den jährlich steigenden Zahlen als gute Vorausplanung.

Die aktuellen Sachstandsberichte der Kinder- und Jugendarbeit sowie des Kindes Kinder- und Jugendparlaments wurden von den Ausschussmitgliedern ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen (sie können im Ratsinformationssystem unter dem entsprechenden Ausschuss (BIGS) nachgelesen werden.

Die Aufarbeitung verschiedener Gesichtspunkte der Flutkatastrophe vom 14./15. Juli dieses Jahres wurden vergangene Woche ebenfalls im Ausschuss thematisiert. Hier hatte die AfD-Fraktion im Gemeinderat einige Anträge gestellt, unter anderem zu „parallelen Kommunikationswegen bei der Feuerwehr“.

Nach Meinung der AfD-Fraktion solle die Feuerwehr zusätzlich zum Digitalfunk auch mit analoger Funktechnik ausgestattet werden. Nach Vorlage der Verwaltung fiel jedoch in jener Katastrophennacht vor allem die Kommunikation zwischen Kreis und Feuerwehr Weilerswist aus, nicht der zwischen den Feuerwehreinheiten untereinander. Hier waren lediglich Ausfälle aufgrund Überlastung der Ruf-Gruppen zu verzeichnen.

Die Sicherstellung der Kommunikation zwischen Leitstelle (Kreis) und kommunalen Einsatzkräften liegt jedoch grundsätzlich beim Kreis Euskirchen beziehungsweise dem Land NRW. Matthias Müller (UWV) machte in der Sitzung darauf aufmerksam, dass sich der Kreis mit seinen Gremien dieses Anliegens bereits angenommen habe und so einigte man sich im Ausschuss darauf, zunächst diese Ergebnisse abzuwarten.

Mehrheitlich abgelehnt wurde der Antrag der AfD-Fraktion zur Einrichtung eines eigenen Radiosenders der Gemeinde zur Krisenkommunikation. Hier war es vor allem der flächendeckende Stromausfall, der verhinderte, dass die Bevölkerung über Radio- und Internet Informationen zur Lage erhielten. Zudem war der Lokalsender Radio Euskirchen in dieser Nacht ebenfalls abgesoffen. Der Vorschlag der AfD, außerhalb von Krisensituationen den Sender mit Nachrichten aus der Verwaltung, Politik und Vereinen weiterzuführen, fand im Ausschuss ebenfalls kein Interesse.

Der Antrag der AfD-Fraktion, gestellt am 8. August 2021, zur Überprüfung der Sirenenstandorte hatte sich mittlerweile bereits erledigt. Ein erster Probealarm hatte am 6. November stattgefunden, woraus bereits einige Erkenntnisse in Bezug auf Überprüfung der Lautstärke und Sirenenstandorte getroffen werden konnten (siehe Artikel hier unter News: Sirenen-Probe mit gutem Feedback).